

Herr Präsident,  
Mitglieder in Regierung und Parlament,  
Werte Bürgerinnen und Bürger der DG.

Bei den beiden uns hier zur Diskussion und Abstimmung vorliegenden Dokumenten 100 und 101 handelt es sich um zwei so genannte Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten, wobei AKP für Afrika, Karibik und Pazifik steht. Betroffen sind rund 80 Länder, die meisten davon sind ehemalige Kolonialstaaten.

Es handelt sich im Falle von Dokument 100 um einen Vertrag, in dessen Rahmen so genannte EPAs, also „Economic Partnership Agreement“, oder in Deutsch „Wirtschafts-Partnerschafts-Abkommen“ ausgearbeitet werden.

Dokument 101 betrifft ein separates Abkommen zwischen der EU und Süd-Afrika, welches auch als TDCA bezeichnet wird. TDCA steht für „Trade, Development and Cooperation Agreement“, also „Handels-, Entwicklungs- und Kooperationsabkommen“.

Auch wenn sich beide Dokumente formal und inhaltlich unterscheiden, können beide doch auch als Freihandelsabkommen bezeichnet werden. Beide tragen die gleiche Handschrift, verfolgen die gleichen Ziele.

Nun, welches ist diese Handschrift, welches sind diese Ziele? Zuerst einmal liest man da von Zusammenarbeit, Förderung der Entwicklung, Bekämpfung der Armut, freiem Handel usw. Hört sich doch gut an, oder?

Doch wie sieht die Realität aus?

Es ist ähnlich wie mit dem ESM. „Europäischer-Stabilitäts-Mechanismus“. Wer kann denn gegen Stabilität in Europa sein? Doch wie Michael Balter es sehr aufschlussreich erklärt hat, der ESM steht für etwas ganz anderes.

Mit diesen beiden Abkommen verhält es sich ähnlich. Lassen Sie mich das etwas genauer erklären.

Bis zum Jahr 2000 bestand das so genannte Lomé-Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten. Es wurde auch als Präferenzabkommen bezeichnet, da es den ehemaligen Kolonien der europäischen Mächte Handelspräferenzen einräumte, welche zumindest teilweise einen Ausgleich zu der wirtschaftlichen Benachteiligung schufen.

Zu diesen Handelspräferenzen gehörte die Möglichkeit des Exports von Waren in die EU, ohne dass die EU hohe Zölle einforderte.

Mit dem in 2000 vereinbarten Cotonou-Abkommen änderte die EU ihre Politik. Gemäß der Zielsetzung des von der Welthandelsorganisation (WTO) verabschiedeten GATT-Abkommens, wurden diese einseitigen Handelspräferenzen gestrichen. Dies führte zu einer Handelsliberalisierung zwischen ungleich starken Partnern.

Konkret bedeutete dies, dass die AKP-Staaten, ihrerseits ihre Zölle auf die von aus der EU importierten Waren in einem gewissen Zeitraum stark reduzieren bzw. ganz abschaffen müssen.

Eine Delegation des Europa-Ausschusses der Französischen Nationalversammlung spricht in einem Bericht vom Juli 2006 von einem vierfachen Schock, welchem die betroffenen Staaten ausgesetzt sind, wenn sie die EPAs annehmen:

Ein Haushaltschock: Die Haupteinnahmen der AKP-Staaten sind anders als bei uns nicht Steuern, sondern Zölle. Durch den Wegfall der Importzölle, würden die Staatseinnahmen drastisch reduziert.

Handelsbilanzchock durch die Auswirkungen von EPAs auf Preisbildung, Einkommen und Wechselkurs

Industrieller Schock: Schwache im Aufbau befindliche Industriesektoren sind der verstärkten Konkurrenz aus der EU nicht gewachsen.

Landwirtschaftliche Schock: In der Mehrheit des AKP-Staaten leben die Menschen von der Landwirtschaft. Unter der Öffnung ihrer Märkte leiden die lokalen, meist kleinen Produzenten, da sie mit den stark subventionierten Agrarprodukten aus der EU nicht konkurrieren können.

Hier ein konkretes Beispiel. Dazu zitiere ich einen Ausschnitt aus einem Aufsatz der Bundestagsabgeordneten Annette Groth, die Linke:

„EU-Hühnerfleisch ruiniert Produzenten in Ghana

Welche negativen Auswirkungen der Export von EU-Agrarprodukten in AKP-Staaten haben kann, demonstriert das Beispiel Ghana.

Anlässlich eines Hearings in Brüssel Anfang 2004 äußerte sich der Gewerkschaftsführer der ghanaischen Geflügelhalter besorgt über die wachsenden Importe aus der EU. "Wie in Kamerun ist eine große Zunahme von Hühnerfleischimporten durch den Zollabbau zu erwarten, die die ärmste Schicht unserer Gesellschaft aus dem Arbeitsmarkt verdrängt - das sind die Kleinbauern und vor allem Frauen, die völlig abhängig von dem Geflügelsektor sind. Es ist schwer vorstellbar, dass im Namen des Freihandels das Dumping von Geflügelteilen wie Hühnerbeine, -flügel und -hälse, die sowieso keinen Absatzmarkt in der EU haben, erlaubt wird."

Die EU exportiert vorwiegend Schlacht-Überreste, die auf dem europäischen Markt keine Käufer finden.

Diese zudem hoch subventionierten europäischen Produkte ermöglichen Discountpreise, mit denen ghanaische Geflügelproduzenten nicht mithalten können.

2005 kostete ein Kilo ghanaisches Huhn umgerechnet 2,45 Euro, EU-Hühnerfleisch lediglich 1,40 Euro. Wie in Europa bestimmt auch in Ghana der Preis die Nachfrage, und obwohl die Konsumenten vielfach unzufrieden mit der Qualität des importierten Geflügelfleisches sind, kaufen sie es.

Die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens, das eine weitere Zollsenkung für EU-Importe implizieren würde, könnte das endgültige Aus für zahlreiche Klein- und Kleinstbetriebe des ghanaischen Geflügelsektors bedeuten.

Der Geflügelsektor ist von besonderer entwicklungspolitischer Bedeutung, da eines der zentralen Probleme unter Ghanas armen Bevölkerungsgruppen die Fehlernährung vor allem durch Eiweißmangel ist.

In der Studie "Mit dem Rücken zur Wand - Ghanas Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus" (herausgegeben vom EED und WEED) heißt es dazu: "Geflügel stellt mit seinem hohen Eiweiß- und Mineralgehalt einen wichtigen Baustein für eine gesündere Ernährung dar.

Aufgrund der kurzen Produktionszyklen von nur 4-6 Wochen bietet die Geflügelzucht zudem eine planbare und zuverlässige Einnahmequelle.

Aufgrund des geringen Startkapitals ist die Aufzucht von Schlachthühnern eine attraktive Möglichkeit für Frauen, ein eigenes ökonomisches Standbein zu schaffen. Die vorgelagerte Produktion von Futtermitteln ist zudem vielversprechend und könnte intensiviert werden.

Die Stärkung der regionalen Produktion kann aber nur erfolgreich sein, wenn sie nicht unter dem Dumping der EU-Überschüsse leidet.

Es zeugt von eklatanter Inkohärenz der EU-Außenpolitik, wenn die Gemeinschaft einerseits Mikrofinanzierungsmodelle für die kleinbäuerliche Landwirtschaft schafft, aber andererseits die Überflutung des ghanaischen Marktes mit der europäischen Ausschussware unterstützt."

MISEREOR schreibt in einem Artikel vom 13. Januar diesen Jahres, also vor erst 2 Monaten, in der Zeitung „Le monde diplomatique“ aus Berlin, zum gleichen Thema: „Zum Beispiel in Ghana, wo jahrelange Billigimporte von minderwertigen Geflügelteilen nicht nur aus der EU inzwischen alle Schlachthäuser in den Ruin getrieben und auch viele Kleinbauern vom Markt verdrängt haben.“

Es kommt also nicht von ungefähr, dass die AKP-Staaten sich vehement gegen die EPAs wehren. Unterstützt werden sie von über 160 Organisationen und Netzwerken, wie zum Beispiel ATTAC, OXFAM, FIAN, MISEREOR, MEDICO INTERNATIONAL, um nur einige zu

Nennen. Kritik kommt aber auch aus den eigenen Reihen, nämlich vom Europäischen Parlament. Hierzu noch einmal ein Ausschnitt des soeben erwähnten Artikel von MISEREOR: „Olivier De Schutter, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, hat der EU kürzlich nahe gelegt, die Folgen ihrer Handelsabkommen für die Menschenrechte systematisch zu untersuchen... und weiter: „Das Europäische Parlament hat die Kommission schon im November 2010 zu menschenrechtlichen Folgeabschätzungen aufgefordert, bislang jedoch ohne Erfolg. Das Europäische Parlament, das laut Lissabon-Vertrag jedem Freihandelsabkommen zustimmen muss, sollte seiner Rolle endlich gerecht werden. Eine Ratifizierung der Freihandelsabkommen mit den AKP-Staaten, mit Kolumbien, Peru und Indien in der jetzigen Form wäre unverantwortlich.“

Was Dokument 101 betrifft, so stellen sich die direkten Auswirkungen für Süd-Afrika nicht so dramatisch dar, da dieser Staat im Vergleich zu anderen AKP-Staaten über eine stärkere Wirtschaft verfügt und teilweise Verluste durch gestiegene Exporte wettmachen konnte. Durch bestimmte Klauseln in diesem Freihandelsabkommen mit Süd-Afrika, gelangen jedoch EU-Importe in Länder die mit Süd-Afrika der Südafrikanischen Zollunion (SACU) angehören. Dies sind u.a. Botswana, Lesotho, Swaziland und Namibia. Die Märkte dieser Länder will sich die EU also quasi teilweise durch die Hintertür öffnen.

Ich stelle mir die Frage, warum tut Europa so etwas? Warum tut Belgien so etwas? Warum tut die DG, also warum unterstützen wir Parlamentarier hier so etwas? Hat Europa, hat Belgien, hat die DG das nötig? Meiner Meinung nach NEIN! Wir haben in Europa, in Belgien und in der DG einen unerschöpflichen Reichtum. Den gilt es zu entdecken, zu nutzen und zu genießen. Sehen wir uns Europa an. Viele Nationen, noch mehr Kulturen und Mentalitäten. Unendliche viel Potential an Kreativität, an Schöpfergeist, an Möglichkeiten. Dienen solche Abkommen unserem Wohlergehen? Und sollten wir bei dem Abschluss eines Partnerschaftsabkommens nicht auch um das Wohlergehen des Partners bemüht sein? Vielleicht dienen solche Abkommen dem Profit einiger Unternehmer. Doch zu welchem Preis? Wollen wir, die wir heute über dieses Dokument abzustimmen haben wirklich, das die Existenzgrundlage vieler kleiner Bauern, vieler Familien gefährdet bzw. vernichtet wird? Und dass deshalb immer mehr Wirtschaftsflüchtlinge von diesen Staaten die Grenzen der EU-Mitgliedsländer legal oder illegal überschreiten werden. Wollen wir das? Ich glaube nicht. Warum also, sollten wir diesen Abkommen in seiner jetzigen Form zustimmen? Wie schrieb der aus Ecuador stammende Ökonom und Autor, Pedro Páez am 27. September 2011 in der Zeitschrift „Neues Deutschland“: Wenn die Menschen in Europa die Texte kennen würden, die die Europäische Kommission jetzt verhandelt, wären sie, gleichgültig ob links oder rechts, empört.“ Die Vivant- Fraktion wird aus den genannten Gründen beiden Vertragstexten nicht zustimmen.

Ich Danke für Ihre Aufmerksamkeit,  
Alain Mertes,  
Vivant-Fraktion